Integrationskonzept
der Stadtgemeinde Traismauer
mit Maßnahmenplan

Traismauer, August 2004


Projektleitung:
Verband der NÖ Dorf- und Stadterneuerung
DI Marceline Martischning
Interkulturelles Zentrum, Wien
Dr. Azem Olcay

Wissenschaftliche Begleitung:
Institut für Konfliktforschung, Wien
Mag. Katrin Auer
Inhaltsverzeichnis

I. VORWORT 2

II. EINLEITUNG 4

III. INTEGRATIONSKONZEPT MIT MAßNAHMENPLAN 6
   2.1. Bereich Politik und Verwaltung 7
   2.2. Bereich Öffentlichkeitsarbeit 8
   2.3. Bereich Bildung 8
   2.4. Bereich Jugend 10
   2.5. Bereich Kultur, Begegnung, Kommunikation 11
   2.6. Bereich Arbeitswelt 11
   2.7. Bereich Gesundheit 12

IV. UMSETZUNG UND BEGLEITUNG 13

ANHANG - EMPIRISCHER TEIL 14
   1. Instrumente und Methode 14
   2. Ergebnisse der Erhebung 14
   3. Zusammenfassung 17
I. Vorwort

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kinder und Jugendliche!


Es drückt ein klares Verständnis für Gleichstellung und Wertschätzung aus.

Es setzt Akzente in Richtung einer Verbesserung des interkulturellen Zusammenlebens innerhalb der Bevölkerung.

Es gibt Richtlinien für die Gemeindepolitik der Stadtgemeinde Traismauer in den nächsten Jahren vor.


Für die interkulturelle Zusammenarbeit wünsche ich alles Gute!

Ihre
Helga Riederer
Stadträfin
II. Einleitung

In der Gemeinderatssitzung vom __________ und unter politischer Verantwortung von Fr. STR. Helga Riederer hat die Stadtgemeinde Traismauer entschieden, im Rahmen der EU-Equal-Entwicklungspartnerschaft „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft“ (unter Koordination der NÖ-Landesakademie) an der Verwirklichung eines umfassenden kommunalen Integrationskonzeptes mitzuarbeiten.

Das Projekt umfaßt vier inhaltliche Schwerpunkte:

- Modul 1: Anstellung einer Interkulturellen Mitarbeiterin im Kindergarten
- Modul 2: Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für diverse Zielgruppen in der Gemeinde
- Modul 3: Entwicklung und Umsetzung eines Gemeindeleitbildes zum Thema „Integration/Interkulturelles Zusammenleben“
- Modul 4: Wissenschaftliche Begleitforschung

Ziele dieses Gesamtprojektes sind:

- interkulturelles Zusammenleben in der Gemeinde zu fördern;
- Integrationspolitik als Gleichstellungspolitik zu etablieren;
- Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen mit einzubeziehen und Möglichkeiten für eine aktive Beteiligung zu schaffen;
- eine Teilhabe am kommunalen Leben und an kommunalen Entscheidungsprozessen auch für die zugewanderte ausländische Bevölkerung zu ermöglichen.

Integrationskonzept


Das vorliegende Konzept ist das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses und bildet die Leitlinie für einen Umsetzungsprozess in den nächsten Jahren.

Das Integrationskonzept baut auf vorhandenen Integrationsleistungen auf

Das vorliegende Konzept baut auf bereits geleistete Vorarbeit im Integrationsbereich wie z.B. der interkulturellen Arbeit in den Kindergärten auf.
Wissenschaftliche Begleitforschung

Das Institut für Konfliktforschung (IKF/Wien) hat die Konzeptentwicklung mittels teilnehmender Beobachtung wissenschaftlich begleitet und wird dies auch in der Umsetzungsphase tun.

Weiters wurde vom IKF eine Erhebung von Strukturdaten und Interviews durchgeführt, um ein möglichst genaues Bild über den Status quo zu ermitteln. Eine Evaluierung der gesetzten Maßnahmen und deren Umsetzung in den verschiedenen Bereichen am Ende des Projektes ist geplant.

Externe Begleitung der Konzeptentwicklung


Im Rahmen der Laufzeit des Equal-Projektes in der Verwirklichung des Konzeptes (bis Mitte 2005) werden die NÖ Dorf- und Stadterneuerung und das Interkulturelle Zentrum auch die Umsetzung des Konzeptes begleiten und unterstützen.

Erklärung zur Begrifflichkeit

In den folgenden Ausführungen ist immer wieder von zwei unterschiedlichen Kategorien die Rede, einerseits von In- und AusländerInnen, was auf den rechtlichen Status der Personen verweist, andererseits von Einheimischen und Zugewanderten. Letztere sind Personen mit Migrationshintergrund – unabhängig davon, ob sie bereits österreichische Staatsangehörige sind oder nicht.
III. Integrationskonzept mit Maßnahmenplan

1. Traismauer will Verständnis für Integration fördern

- Wir nehmen Integration als gesamtgesellschaftliches Anliegen wahr und fördern dieses Verständnis. Der Nutzen gelungener Integration soll sowohl für die Einheimischen als auch für die Zugewanderten spürbar werden.

- Wir arbeiten daran, Integration in allen Überlegungen und Bereichen der Gemeindepolitik (Jugend, Soziales, Bildung, Verwaltung, etc.) mit einzubeziehen und zu verwirklichen.

- Unser Ziel ist, vorhandene Fähigkeiten von Menschen (Sprachen, Ausbildungen, Wissen...) anzurecken, zu fördern und zu nützen, Respekt gegenüber verschiedenen Lebensweisen zu entwickeln und unterschiedliche Herkunft/Kultur/Religion als Bereicherung für das Gemeinwohl zu sehen.

- Wir setzen uns dafür ein, Möglichkeiten zu schaffen und auszubauen, um Teilnahme am kommunalen Leben für alle zu ermöglichen und Verantwortung zu übernehmen.

- Wir streben gemeinsam an, Kontakt und Kommunikation unter den Menschen zu stärken und damit Vorurteile abzubauen.


- MigrantInnen verstehen sich als Teil dieser Gesellschaft und wollen auch so behandelt werden.
2. Traismauer setzt Integrationsmaßnahmen um

2.1. Bereich Politik und Verwaltung


Maßnahmen dazu können sein:

- Umsetzung des Integrationskonzeptes (auf Basis klarer Vereinbarungen) im Rahmen der personellen Möglichkeiten der Stadtgemeinde Traismauer.

- Erstellung eines Budgetansatzes (Sachkosten) für „Integration“ bzw. integrationsfördernde Projekte (Projektförderung durch Land-Bund-EU).

- Beauftragung eines Mitgliedes des Gemeinderates und zugehörigen Gemeinderatsausschusses mit der Thematik „Integration“ und öffentliche Bekanntgabe dessen.

- Jährlicher Bericht der/des politischen Verantwortlichen für Integration in Bezug auf die Umsetzung des Konzeptes an den Gemeinderat.

- Schaffung einer Beratung für Integrationsfragen. Über die Finanzierung der bereits bestehenden ab September 2004 sind Verhandlungen mit der zuständigen Stelle des Landes NÖ zu führen.

- Interkulturelle Weiterbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen der Gemeinde.

- Schaffung einer „Integrationsplattform“ als Beirat für den Gemeinderat.


- Übersetzung von Informationen über Beihilfen und Förderungen nach Notwendigkeit (Wohnen, etc.).

- Unterstützung von KonfliktenschlichterInnen für den Wohnbereich.
2.2. **Bereich Öffentlichkeitsarbeit**

Wichtig für die Umsetzung des Konzeptes ist eine sachliche und bewusstseinsfördernde Öffentlichkeitsarbeit, damit Ängste und Vorurteile abgebaut werden können. Objektive Informationen in Bezug auf Fragen der Migration und Integration sowie positive und gelungene Beispiele interkulturellen Zusammenlebens sollen in der Gemeindezeitung und anderen regionalen Medien regelmäßig dargestellt werden.

Maßnahmen dazu können sein:

- Mehrsprachige Veröffentlichung des Konzeptes auf der Homepage der Stadtgemeinde Traismauer.

- Regelmäßige mehrsprachige Information zum Thema „Interkulturelles Zusammenleben in der Stadtgemeinde“ (Gemeindezeitung, Schaukasten, diverse Vereine, Versammlungsorte, Veranstaltungen etc.).

- Installierung eines Öffentlichkeitsarbeitsteam für das Thema „Integration“.

2.3. **Bereich Bildung**


Auch bei den Erwachsenen kommt der Förderung der Sprache große Bedeutung zu. Mit der Sprachfähigkeit ist die gesellschaftliche Integration und der berufliche Aufstieg unmittelbar verbunden.

Maßnahmen dazu können sein:

**Kindergarten und Schule**


- Initiierung eines jährlichen Vernetzungstreffen aller PädagogInnen in Traismauer durch die Integrationsplattform (Kindergarten, Schule).
• Bereicherung der Gemeindebücherei mit fremdsprachigen Büchern unter Berücksichtigung der MigrantInnensprachen.

Die Stadtgemeinde setzt sich bei den zuständigen Institutionen für folgende Maßnahmen ein:

• Vorschlag an den Landesschulrat für:
  - Etablierung eines integrativen Unterrichtsmodells in den Schulen zu sorgen,
  - Qualitative Verbesserung des Mutterspracheunterrichtes und des Deutsch-Föderunterrichtes zu sorgen.

• Vorschlag an die Glaubensgemeinschaften für eine qualitative Verbesserung des Religionsunterrichtes zu sorgen.

• Die Sensibilisierung der LehrerInnen und Eltern für die Wichtigkeit des Mutterspracheunterrichtes.

• Fortführung gezielter interkultureller Elternarbeit in Kindergarten und Schule; Entwicklung von Angeboten, um Kontakt und Kommunikation mit allen Eltern zu fördern (z.B. Elternsprechstage).

• Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den diversen Lehrpersonen (MuttersprachelehrerInnen, verschiedene ReligionslehrerInnen, KlassenlehrerInnen, FörderlehrerInnen – Einladung aller zu den Schulkonferenzen und zu den Sprechtagen).

• Dolmetschpool für die Region/Bezirk (für BH, Gesundheitsbereich und Gendarmerie).

• Regelmäßige Durchführung von interkulturellen Dialogveranstaltungen (Filme, Gespräche, Lesungen, Musikveranstaltungen, etc.)

• Einbeziehung von MigrantInnen zu öffentlichen Anlässen und Veranstaltungen

• Förderung von musikalischer und künstlerischer Bildung anderer Kulturen.

• Stärkung und Fortführung der integrativen Arbeit im Kindergarten.

• Fortführung der Formen von mehrsprachiger außerschulischer Lernhilfe und Hausaufgabenbetreuung.

• Anwesenheit der DolmetscherInnen bei Elternsprechtagen und allgemeinen Informationsveranstaltungen in den Schulen.

• Einsatz von MigrantInnen-Eltern im Elternbeirat der Schulen durch die Wahl am Elternabend.
• Initiierung einer jährlichen Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Hauptschule zum Thema „Ausbildungsmöglichkeiten“ unter Einbindung der Eltern.

**Erwachsenenbildung:**

• Deutschkurse für MigrantInnen.

• Sprachkursangebote auch in diversen MigrantInnensprachen.

• Jährliche Weiterbildungsangebote zum Thema „Migration, Integration, Interkulturalität“ für Interessierte.

2.4. **Bereich Jugend**


Maßnahmen dazu können sein:

• Nach Möglichkeit Einrichtung eines Jugendtreffs für alle Jugendliche mit ehrenamtlicher Betreuung.
  - Unterstützung der kulturspezifischen Ausdrucksformen der Jugendlichen (z.B. Tanzkurs).
  - Durchführung eines Integrations-Tages in Kooperation zwischen Jugendtreff, Schulen, diversen Jugendgruppen (einem jährlich).
  - Schaffung spezieller Angebote für Mädchen

• Involvierung der Jugendlichen bei Organisierung und Durchführung integrativer Aktionen bei diversen Festen und Veranstaltungen.
2.5. **Bereich Kultur, Begegnung, Kommunikation**


Maßnahmen dazu können sein:

- Jährliches Integrationsfest
- Regelmäßige Durchführung von interkulturellen Dialogveranstaltungen mit Einbeziehung von MigrantInnen (Filme, Gespräche, Lesungen, Musikveranstaltungen, etc.)
- Erweiterte Fächerangebote unter Berücksichtigung anderer Kulturen im musikalischen Bereich.

2.6. **Bereich Arbeitswelt**


Maßnahmen dazu können sein:

- Auszeichnung von im Bereich Integration vorbildlichen Betrieben durch die Stadtgemeinde.
- Vorschlag zur Entwicklung eines MentorInnensystems für arbeitsuchende Jugendliche und Jugendliche in Ausbildung (Betreuung und Coaching) in Zusammenarbeit mit AMS-NÖ.
- Fortführung von Informationsveranstaltungen mit Übersetzung über Tätigkeitsbereiche der AK, WK und des ÖGB (einmal jährlich) durch die Integrationsplattform.

**Vorschläge an die Wirtschaft:**
• Anbieten von Deutschkursen für die MitarbeiterInnen in den Betrieben.

• Einführung eines „etnic monitoring“ für gezielte Antidiskriminierungsmaßnahmen in den Betrieben.

• Karriereförderung – auch für MigrantInnen.

2.7. **Bereich Gesundheit**


Maßnahmen dazu können sein:

• Organisierung fallweiser „muttersprachlicher“ Gesundheitsberatung in Zusammenarbeit mit dem MigrantInnenkomitee und den GemeindeärztInnen.
• Erstellung und Weitergabe von muttersprachlichen Informationen über Hauskrankenpflege und ev. Andere wichtige Themen.
IV. Umsetzung und Begleitung

Für die Umsetzung des Konzeptes wird im Rahmen der Dauer des Equal-Projektes ein Begleitausschuss („Integrationsplattform“) eingerichtet.

Aufgaben des Begleitausschusses sind:

- Festlegung von Prioritäten in der Umsetzung von Maßnahmen für die nächsten 2 Jahre und darüber hinaus.
- Planung und Ausarbeitung von konkreten Umsetzungsschritten.
- Kontinuierlicher Erfahrungsaustausch und Evaluierung der umgesetzten Maßnahmen.

Anhang - Empirischer Teil

1. Instrumente und Methode

Das Institut für Konfliktforschung hat in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Traismauer Daten zur nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung von Traismauer, zur Arbeits- und Wohnsituation, zum Bildungsbereich sowie zu (inter)kulturellen Angeboten und Aktivitäten erhoben. Ausgangspunkt der Erhebung waren jene Integrationsindikatoren, die das Institut für Konfliktforschung in vorangegangenen Studien ausgearbeitet hatte. Diese Indikatoren umfassen vier Dimensionen: die sozioökonomische, die kulturelle, die politische/partizipative und die rechtliche Dimension.


2. Ergebnisse der Erhebung

2.1 Demografische Struktur


** Sofern die Ergebnisse für das Jahr 2002 bzw. 1997 angegeben sind, beziehen sie sich auf den Stichtag 31.7. des genannten Jahres.


2.2 Sozioökonomische Faktoren

2.2.1 Bildung (Kindergarten und Schule)

in Traismauer bereits davon abgegangen ist, zugewanderte Kinder aufgrund zu
geringer Deutschkenntnisse in die Sonderschule zu schicken.

2.2.2. Arbeitsmarkt

Öffentlicher Dienst

Die Beschäftigung von eingebürgerten MigrantInnen im öffentlichen Dienst kann als
Hinweis auf das Integrationslevel herangezogen werden. In Traismauer waren in den
Jahren 1997 und 2002 allerdings weder im Stadtgemeindedienst noch in den
Dienststellen des Landes und Bundes (Kindergärten, Volksschulen, Hauptschule,
Sonderschule, Gendarmerie und Abwasserverband) eingebürgerte MigrantInnen
beschäftigt.

In der Stadtgemeinde Traismauer waren im Jahr 2002 insgesamt 61 Personen als
waren es insgesamt 47 Personen, davon waren 47 Prozent weibliche Bediensteten.

Der Anteil der weiblichen Bediensteten der Stadtgemeinde Traismauer entspricht
somit annähernd ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, wohingegen
Zugewanderte überhaupt nicht im öffentlichen Dienst repräsentiert sind.

Arbeitsmarkt allgemein

Im Jahr 2002 war in Traismauer ca. ein Drittel der bewilligungspflichtig beschäftigten
MigrantInnen in Wirtschaftszweigen mit geringerer Bezahlung und/oder geringerer
Arbeitsplatzsicherheit beschäftigt (Metallwarenproduktion und Bauwesen), 175
Personen waren arbeitslos gemeldet, davon waren mehr als die Hälfte Frauen. 10,3
Prozent der arbeitslos Gemeldeten hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft,
wovon 5,7 Prozent türkischer Herkunft waren. Während die Gesamt-Arbeitslosenrate
im Juli 2002 im Bezirk St. Pölten 6,0 Prozent betrug, war für denselben Zeitpunkt für
MigrantInnen, die in Traismauer wohnhaft sind, eine Arbeitslosenrate von 3,3 Prozent
zu verzeichnen.

Die Mehrzahl der Zugewanderten arbeitet außerhalb von Traismauer und pendelt
v.a. nach St. Pölten, Krems und Herzogenburg aus. Das begrenzte
Arbeitsplatzangebot vor Ort stellt generell für Frauen und für Jugendliche und im
speziellen für jene mit Migrationshintergrund ein wesentliches Problem dar.

2.2.3. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen und Wohnen

Wohlfahrtsstaatliche Leistungen der Gemeinde bestanden im Jahr 2002 aus der
Wohnbauförderung, der Studienbeihilfe, der Solarförderung und der Förderung für
den Besuch der Musikschoole. Diese Leistungen sind jedoch bislang nur Personen mit
österreichischer oder einer EU-Staatsbürgerschaft zugänglich. Auch die Vergabe von
Gemeindewohnungen ist abhängig von der österreichischen Staatsbürgerschaft. Bei
Genossenschaftswohnungen hat die Gemeinde Traismauer die Möglichkeit
Vergabevorschläge einzubringen und hier ist die Staatsbürgerschaft kein Kriterium.

2.3 Kulturelle Faktoren und gesellschaftliche Teilhabe


3. Zusammenfassung


Die Daten zu Kindergärten und Schulen haben gezeigt, dass zum einen ausländische Eltern den Kindergarten als öffentliche Betreuungseinrichtung nutzen und so zwischen einheimischen und zugewanderten Kindern früh erste Kontakte entstehen. Dem wird auch schon seit einigen Jahren durch die Beschäftigung einer interkulturellen MitarbeiterIn Rechnung getragen. Zum anderen ist der geringe Anteil von ausländischen SchülerInnen in der Sonderschule ein Hinweis, dass hier bereits ein pädagogisches Umdenken eingesetzt hatte und Kinder nicht mehr aufgrund vermuteter Defizite bei den Deutschkenntnissen in die Sonderschule geschickt werden.

Die Bestandsaufnahme des Gemeindeamtes machte deutlich, dass in der Gemeindeverwaltung und im Kontakt zu den BürgerInnen das interkulturelle Serviceangebot verbessert werden sollte. Auch der Zugang zu Gemeindewohnungen und Transferleistungen der Gemeinde ist zur Zeit noch auf die österreichische oder EU-Staatsbürgerschaft begrenzt und sorgt somit für eine Benachteiligung von Zugewanderten, die eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen.

Die Frage der Arbeitsplätze hängt stark mit den Mobilitätserfordernissen der in Traismauer wohnhaften ArbeitnehmerInnen zusammen: V.a. einheimische und zugewanderte Frauen und Jugendliche sind davon betroffen, dass es in der Stadt
ein begrenztes Arbeitsplatzangebot gibt und es notwendig ist, nach St. Pölten, Krems oder Herzogenburg auszupendeln.